

Absender:in:

Cem Özdemir
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Dienstsitz Berlin
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Postanschrift: 11055 Berlin

Ort und Datum: _____

Betreff: Für ein starkes Bundeswaldgesetz

Sehr geehrter Herr Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir,

der Zustand unserer Wälder bereitet mir große Sorgen. Laut dem aktuellen Waldzustandsbericht sind vier von fünf Bäumen inzwischen geschädigt. Doch neben der Klimakrise sind dies auch die **Auswirkungen einer industriellen und intensiven Forstwirtschaft**. Ich fordere von Ihnen als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, sich für ein starkes neues Bundeswaldgesetz einzusetzen. Nach 50 Jahren Stillstand muss das neue Gesetz für die Zukunft bindende ökologische Standards in der Waldnutzung festlegen und die notwendige Durchsetzungsermächtigung garantieren - auch um die vereinbarten Klima- und Artenschutzziele einhalten zu können.

Die bisherige Art der Forstwirtschaft arbeitet mit schweren Maschinen, die den Boden zerstören, reißt mit Waldschneisen und häufigen waldbaulichen Eingriffen immer wieder das Kronendach der Wälder auf, pflanzt Monokulturen in Reih und Glied, lässt kaum Totholz zurück und betreibt immer noch Kahlschläge. Die schlechten Zustände nach Dürren, Käferbefall und Sturmschäden sind nicht mehr zu übersehen. So kann es nicht weitergehen. Diese Art der Forstwirtschaft sieht die Wälder als Holzplantagen und bewirtschaftet sie zu oft für kurzfristige Profite. Doch **der Wald ist so viel mehr als nur das Holz**.

Die Wälder sind unsere natürliche Lebensgrundlage und sie müssen als ein lebendiges Ökosystem anerkannt und dementsprechend behandelt werden – nicht nur als Holzlieferant. **Der Wald ist für alle da!** Der Staat ist daher auch verpflichtet, mit einem starken Bundeswaldgesetz die wichtigen Ökosystemfunktionen der Wälder für uns alle zu sichern.

Die Nutzung des Waldes muss sich immer am Gemeinwohl orientieren. Besonders für die Bekämpfung der Klima- und der Biodiversitätskrise sind die Wälder unverzichtbar. Das neue Bundeswaldgesetz muss daher der Erfüllung der international gesetzten Klima- und Biodiversitätsziele nachkommen und mit der entsprechenden nationalen Gesetzgebung übereinstimmen. Wir fordern daher:

1. Mit neuen Mindeststandards muss die Übernutzung unserer Wälder endlich beendet werden. Diese Standards müssen dabei auf eine deutlich höhere Naturnähe der Wälder hinwirken, Plantagen in Dauerwaldstrukturen umbauen, mehr Schutz für besonders schützenswerte Laub- und Laubmischwälder garantieren und mit den natürlichen Dynamiken des Ökosystems arbeiten, statt wie bisher dagegen.
2. Die zuständigen Behörden müssen für den Fall zunehmender Auswirkungen der Klimakrise oder absehbarer Zielverfehlungen im Klimaschutz ermächtigt werden, den Holzeinschlag besonders in Laub- und Laubmischwäldern zu begrenzen.
3. Öffentliche Wälder müssen zudem eine Vorbildfunktion einnehmen und die Wiederherstellung naturnaher und vitaler Wälder priorisieren. Wirtschaftliche Profite aus der Holzproduktion dürfen hier im Sinne des Gemeinwohles kein Leitbild mehr sein.
4. Für den Privatwald sollte das Bundeswaldgesetz eine neue Definition der Ökologiepflichtigkeit von Eigentum anstreben. Diese Pflicht leitet sich von der Sozialpflichtigkeit von Eigentum ab, welche bereits im Grundgesetz festgelegt ist und bedeutet, dass auch Privatwald so genutzt werden muss, dass er den ökologischen Bedürfnissen der Allgemeinheit dient.

Ich bin überzeugt, dass ein Grün-geführtes Landwirtschaftsministerium die notwendigen Änderungen in der Waldnutzung sieht. Neben effektiven Förderprogrammen braucht es dafür ein ambitioniertes und starkes BWaldG, welches Sie jetzt schaffen können.

Bitte sorgen Sie dafür, dass die Wälder langfristig vor Übernutzung und Ausbeutung geschützt werden, damit wir noch mit unseren Enkelkindern durch grüne und lebendige Wälder spazieren können.

Mit freundlichen Grüßen
